

**Ohne Grenzen.**

Stadt Frankfurt (Oder) · PSF 1363 · 15203 Frankfurt (Oder)

Bündnis 90 / Die Grünen,  
Fraktion DIE LINKE  
Stadtverordneter  
Herr Jörg Gleisenstein

Amt	für Öffentliche Ordnung Allg. Ordnungs- und Straßenverkehrsangelegenheiten Stadthaus, Goepelstraße 38
Gebäude	
Auskunft erteilt	Frau Wilczynski
Zimmer	3.116
Telefon +49 (0)335/	552 3202
Telefax +49 (0)335/	552 883202
E-Mail	<a href="mailto:Brnhilde.Wilczynski@frankfurt-oder.de">Brnhilde.Wilczynski@frankfurt-oder.de</a>
Aktenzeichen	
Personennummer	

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben)  
I-32-wil-ma

Datum 11.09.2013

**Anfrage 13/AFR/1828 des Stadtverordneten Herrn Jörg Gleisenstein  
Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion DIE LINKE vom 09.09.2013  
Unterbringung von Katzen / Kündigung der Vereinbarung zum  
Katzenhaus**

**Stadt Frankfurt (Oder)  
Der Oberbürgermeister**

Für den Schriftwechsel verwenden  
Sie bitte grundsätzlich die  
nachstehende Postfachadresse:

Postfach 13 63 | 15203 Frankfurt (Oder)  
Telefon: +49 (0)335 552-0  
Fax: +49 (0)335 552-1099  
E-Mail: [stadt@frankfurt-oder.de](mailto:stadt@frankfurt-oder.de)  
Internet: [www.frankfurt-oder.de](http://www.frankfurt-oder.de)

**Unsere allgemeinen Sprechzeiten:**

Dienstag:  
09:00 – 12:00 Uhr | 13:00 – 18:00 Uhr  
Donnerstag:  
09:00 – 12:00 Uhr | 13:00 – 16:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Bankverbindung:**

Sparkasse Oder-Spree  
Konto-Nr.: 1700100498  
BLZ: 170 550 50  
IBAN: DE42 1705 5050 1700 1004 98  
BIC: WELADED11LOS  
Gläubiger-ID: DE30ZZZ00000171216

**Wichtiger Hinweis:**

Die genannten E-Mail-Adressen dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Formgebundene Erklärungen, insbesondere Einhaltung der Schriftform können daher nicht wirksam an die genannten E-Mail-Adressen übermittelt werden.

*Zu Frage 1:*

*Welche Reaktion gab es von Seiten der Stadtverwaltung auf dieses Schreiben des Tierschutzvereins?*

Das Schreiben vom Tierschutzverein zur Kündigung der Vereinbarung zur Unterbringung von Fundkatzen hat die Verwaltung zunächst überrascht, weil es zu keiner Zeit Gespräche zwischen dem Tierschutzverein und der Verwaltung gegeben hat, die darauf hindeuteten. Ungeachtet dessen, kann die Verwaltung die Gründe durchaus nachvollziehen und hat die Kündigung zum 01.04.2014 akzeptiert.

*Zu Frage 2:*

*Ist die Stadt nach Kündigung der Vereinbarung in der Lage, ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe zur Unterbringung von Fundkatzen ab dem 01.04.2014 nachzukommen?*

Ja, die Stadt ist in der Lage, ab dem 01.04.2014 ihrer gesetzlichen Pflicht zur Unterbringung von Fundkatzen nachzukommen, in dem sie gerade aktuell und noch rechtzeitig dieses Thema in den Bau des neuen Tierheimes und der damit verbundenen Ausschreibung zur Betreibung einfließen lassen kann.

Die räumlichen Voraussetzungen für die ggf. zum 01.04.2014 zu übernehmenden Fundkatzen aus dem Katzenhaus sind bereits vorhanden.



*Zu Frage 3:*

*Will die Stadt auch weiterhin bei der Erfüllung dieser Aufgabe mit dem Tierschutzverein Frankfurt (Oder) e.V. zusammen arbeiten? Gibt es Überlegungen, die entsprechende Vereinbarung ggf. anzupassen?*

Wie schon zur 1. Frage geantwortet, hat sich die Verwaltung entschieden, die Kündigung der Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein zur Problematik Fundkatzen zu akzeptieren. Unabhängig davon ist die Verwaltung sicher, dass es zum Thema Betreiben von Futterstellen im Zusammenhang mit der Kastration der Katzen und zur Entscheidung, ob es sich überhaupt um eine Fundkatze handelt, auch weiter eine gute Zusammenarbeit geben muss und geben wird.

*Zu Frage 4:*

*Wird die Verwaltung ihren Auftrag erfüllen, in diesem Monat ein belastbares Konzept für die Verwahrung von Fund- und Verwahrtieren ab dem Jahr 2014 vorzulegen?*

An dem Konzept wurde fristgemäß gearbeitet. Durch die Kündigung der Vereinbarung und die zwischenzeitliche Entscheidung, dass die Übergangsvariante Tierheim die Endvariante sein soll, musste nachgearbeitet werden, so dass das Konzept erst in der nächsten Stadtverordnetenversammlung Thema sein kann.

Über den aktuellen Sachstand erfolgt eine gesonderte Information durch die Beigeordnete.

In Vertretung



Dr. Claudia Possardt